



HESSISCHER LANDTAG

21. 05. 2019

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Masern und weitere lebensbedrohliche Infektionskrankheiten ausrotten

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag erkennt an, dass Impfungen bei der Bekämpfung lebensbedrohlicher Infektionskrankheiten den entscheidenden Beitrag leisten und dass sie unverzichtbar für die Ausrottung dieser Krankheiten sind. Gerade dieser Erfolg aber, der die Gefahr dieser Krankheiten aus dem Bewusstsein verschwinden lässt, hat zu einer gefährlichen Impfnachlässigkeit bei Erwachsenen geführt. Die Gesellschaft hat eine besondere, gemeinsame Verantwortung, den Herdenschutz für die Menschen sicherzustellen, die aus medizinischen Gründen nicht geimpft werden können.
2. Der Landtag stellt fest, dass die Zahl der Masernfälle und -ausbrüche jüngst wieder europaweit und auch in Hessen deutlich gestiegen ist.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den nachlassenden Impfquoten bei lebensbedrohlichen Infektionskrankheiten mit Aufklärungs- und Erinnerungskampagnen wie der Europäischen Impfwoche, „Deutschland sucht den Impfausweis“ und regelmäßigen „recalls“ zu begegnen. Dabei ist der Zugang zu Impfungen einfacher und häufiger zu ermöglichen.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, effektive Maßnahmen zum Schutz vor gefährlichen Krankheiten (wie Masern) gemäß den Empfehlungen der Ständigen Impfkommission (STIKO) im Bundesrat – auch durch eigene Initiativen – zu unterstützen und durchzusetzen. Dabei sind die Zuständigkeiten (Datenerfassung, Erinnerungen, Gesprächsführung etc.) klar zwischen den politischen Ebenen aufzuteilen und, sofern Kommunen zusätzliche Aufgaben erhalten, die Finanzierung sicherzustellen.
5. Die Landesregierung wird aufgefordert, zu prüfen und berichten, welche rechtlichen Möglichkeiten die kommunale als auch Landesebene haben, beim Ausbruch einer lebensbedrohlichen Infektionskrankheit in Bildungs- und Gesundheitseinrichtung zu reagieren, und wie diese Möglichkeiten in der Vergangenheit genutzt wurden. Dabei ist auch zu berichten, wie in den Landkreisen und kreisfreien Städten aktuell schon bei fehlendem Impfnachweis in Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen verfahren wird.
6. Die Landesregierung wird aufgefordert, zu prüfen und zu berichten, welche weiteren rechtlichen Möglichkeiten zur Ausrottung lebensbedrohlicher Infektionskrankheiten notwendig sind. Dabei ist die regelhafte Beschränkung des Zuganges zu Betreuungs- und Bildungseinrichtungen einzubeziehen, ohne Menschen, die aus medizinischen Gründen nicht geimpft werden können, auszuschließen.
7. Die Landesregierung wird aufgefordert zu prüfen und zu berichten, wie sinnvollerweise bezüglich der Einstufung des Vorhandenseins eines Impfschutzes in den Fällen vorzuziehen ist, in denen der Impfausweis nicht mehr vorhanden ist oder aufgrund eines früheren Masernausbruches eine Impfung nicht mehr erforderlich ist.
8. Die Landesregierung wird aufgefordert zu prüfen und zu berichten, welche digitalen Alternativen es zum Impfausweis gibt.
9. Die Landesregierung wird aufgefordert zu prüfen und zu berichten, welche digitalen Optionen zum Erinnern an fällige Impfungen es gibt und ob die Schaffung solcher Applikationen sinnvoll wäre.

10. Die Landesregierung wird aufgefordert, regelmäßig die Impfquoten gegen lebensbedrohliche Infektionskrankheiten zu überwachen und gemeinsam mit Experten über geeignete Maßnahmen zu beraten.
11. Sollten die oben genannten Maßnahmen nicht dazu führen, dass bis zum 31. Dezember 2021 eine Impfquote für Masern in Höhe von 95 % in Hessen erreicht wird, ist die Landesregierung aufgefordert, eine Impfpflicht als ultima ratio einzuführen.

Begründung:

Lebensbedrohliche Infektionskrankheiten neben Masern sind Tetanus, Diphtherie, Keuchhusten, Kinderlähmung, Hepatitis B und HBV. Über Masern hinaus müssen wir uns mit weiteren Krankheiten befassen, zumal in Deutschland der gemeinsame MMR Impfstoff gegen Masern, Mumps und Röteln verwendet wird.

Masern sind hochgradig ansteckend und können zu schweren Komplikationen bis hin zum Tod führen.

Die Wirksamkeit von Impfungen hat zu einer Nachlässigkeit bei Teilen der Bevölkerung geführt, sodass Masern nicht schon 2010 ausgerottet wurden. Daher müssen die Anstrengungen wieder deutlich verstärkt werden. Dafür bedarf es einer nachhaltigen Strategie mit klarer Aufgabenteilung und Befähigung der kommunalen Ebene, sollten ihr zusätzliche Aufgaben zugewiesen werden.

Um Masern und andere lebensbedrohliche Infektionskrankheiten auszurotten, müssen mindestens 95 % der Bevölkerung geimpft sein. In Deutschland wird diese Quote in einigen Regionen und bei einigen Altersgruppen nicht erreicht.

Wiesbaden, 21. Mai 2019

Der Fraktionsvorsitzende:
René Rock